

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Die verantwortliche Redaktion ist unter der Leitung von Dr. H. H. H. H.

Verlag: Bruno Stümke, Berlin, Unter den Linden 10.

# Notiz über die Berliner Unruhen.

## Lärmfzenen in der Nationalversammlung.

(Telegramm unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

13. März, Weimar, 13. März.

Vor Beginn der Tagesordnung ereignet der Reichspräsident ein großes Aufsehen, indem er die letzten Vorgänge in Berlin zu berichten. „Ich kann Ihnen erklären“, sagt er, „dass der Zustand niedergeschlagen ist.“ „Was?“ im Grunde. „Dass es zu Unruhen und Unversöhnlichkeit gekommen ist, kommt auf das Konto der „Rechten“ und der „Linken.“ „Ingehorche dem auf der äußersten Linken. Unversöhnlicher Herr!“ ruft einer. Der Präsident greift ein. „Das Geste in die große Erregung. „Während ich mich wieder ruhig. „Aber nicht nach dem Willen der „Rechten“, die Unabhängigen Sozialdemokraten führen fortwährend das Wort. „Mittel! Mittel!“ erwidert das linke Geste. „So geht das Geste für Geste in der „Rechten“, ruft Geste mit der Faust auf das Oberhaupt schlagend, „und die sehen, dass die Unabhängigen Sozialdemokraten im Gange dies unterlassen.“ „Kaus! Kaus! Geste nach „Kaus!“ ruft die Mehrheit der äußersten Linken zu. „Während die „Rechten“ und „Rechten“ sind durch die „Rechten“ verloren gegangen.“ „Aber nicht ruft und geht dem Geste für die „Rechten“ durch. „Ein fürchterlicher Mordanschlag für Berlin ist von den „Rechten“ angeordnet worden, wenn er nicht sofort alle freirechtlichen Rechte zurückgibt.“ „Darauf ist es natürlich nicht eingegangen. Die „Rechten“ sind tief erschüttert und erheben die Opfer, die im Kampfe gefallen sind. „So Richterberg sei die Zahl der Opfer erzwungenermaßen geringer, als eine gewisse Sensationspreisbehalte habe. „Inzwischen habe ich das Bestreben in diesen Tagen in Berlin auszuüben. „Diese Zeit geht auf. „Aber nicht allen anderen.“ „Das ist das Zentrum für neue Ereignisse. „Was! Was! Was!“ „Aber nicht in seinen Reichthümern nach einer Weile fortzuführen. „Aber nicht habe er sich zu der „Rechten“ härtester Schwere mittel erschließen. „Was das Recht der Revolution in Russland sei, werde er sich für Deutschland nicht freilich machen lassen, wenn das Sozialistisches Zentrum auf dem Ziele fahre. „Sozialdemokraten haben gescheitert, so zu handeln, bis wieder Ruhe und Ordnung einträte. „Es geht so den Worten. „Ich sehe das Urteil unserer Nation nicht.“ „Stürmische Beifall im ganzen Hause, bis auf die Unabhängigen, die demontriert sitzen.

geordnete Gänge widerstand. Aber die Unabhängigen, die zum Teil durch Unversöhnlichkeit glücken, kommt nach die Unterstützung der notwendigen erforderlichen 15 Abgeordneten aufbringen. „In der großen Halle beginnt damit die dritte Sitzung. Da keine Wortmeldungen vorliegen, wird das Gesetz in wenigen Minuten verabschiedet.“

Die gestern durchgeführte Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Sozialversicherungsgesetzes in zweiter Lesung hebt an. Die Abstimmung über einen von den Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag bleibt zweifelhaft. Ein „Sammlung“ macht sich notwendig. Das ganze Haus leert sich. Auch die Minister verschwinden und allmählich kommen die sämtlichen Abgeordneten im Gänzlich einmüde durch die Tür, und andererseits durch die Tür herein. Danach wurde § 1 unanversändert angenommen. Die unabhängigen Vorschlagsanträge werden abgelehnt. Lieber den Antrag der Mehrheitssozialdemokratie, die Worte „gegen angemessene Entschädigung“ zu streichen, soll nach einem Antrag des Volksparteiliches Reiches namentlich abgestimmt werden. Da die Demokratischen und die Unabhängigen Sozialdemokraten die namentliche Abstimmung unterließen, muß sie vorgenommen werden. Der Namensaufruf nimmt etwa eine halbe Stunde in Anspruch. Anfanglich schien es, als ob der mehrheitssozialistische Antrag über angenommen sei; schon sprach man von einer Minireferenz. Aber man hat sich verfehlt. Darauf wurde das Gesetz unverändert in der Fassung der Kommission angenommen. Und das Haus trat in die zweite Lesung des Gesetzes über die Kohlenbewirtschaftung ein.

13. März, Weimar, 13. März.

Das Reichskabinett beriet heute mit den Abgeordneten aus den besetzten Gebieten über die Maßnahmen, die gegen die ungenügenden Zustände und eine Reihe von Vorkommnissen, die sich in der letzten Zeit ereignet haben, getroffen werden sollen. Insbesondere beschäftigte man sich mit den Bestreitungsbestrebungen, die in den letzten Tagen besonders frasse Formen angenommen haben und die von der Einseite unterdrückt befragt werden. Bei den Besprechungen wurde unter den Mitgliedern des Kabinetts und den Abgeordneten Einigkeit erzielt. Ministerpräsident Scheidemann wird im Laufe der heutigen Sitzung eine Erklärung zu dieser Frage abgeben. Insbesondere wird er gegen die Bestreitungsbestrebungen entschieden Stellung nehmen. Die linksrheinischen Abgeordneten werden ihrer Zustimmung zu der Erklärung Ausdruck geben.

## Gichhorn ersucht um Schutz.

Teilnahme an der Nationalversammlung.

Weimar, 13. März, (L. N.)

Der durch seine Tätigkeit als Berliner Polizeipräsident bekannt gewordene Abgeordnete Gichhorn hat von Braunshweig aus, wo er sich seit einiger Zeit bei seinen kommunikativen Freunden aufhält, an den Präsidenten der Nationalversammlung ein Schreiben gerichtet, in welchem er mitteilt, daß er an der Tagung der Nationalversammlung teilzunehmen gedenke unter der Voraussetzung, daß ihm vom Präsidenten der Schutz seiner Personlichkeit gesichert werde.

## Die deutsche Friedensdelegation.

Die Ernennung der Mitglieder.

(Telegramm unseres nach Weimar entsandten Sonderberichterstatters.)

13. März, Weimar, 13. März.

Die Zusammenkunft der deutschen Friedensdelegation ist wie bereits mitgeteilt in der gestrigen Kabinettsitzung endgültig beschlossen worden. Die Delegation besteht aus sechs deutschsprachigen Mitgliedern, mit einem primären inter pares, dem die Führung der Delegation übertragen ist. Dieses Amt liegt in den Händen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Grafen Brockdorff-Rausa. Die übrigen Mitglieder der Delegation sind: die Reichsminister Dr. David und Giesberts, der angesehene deutsche Gelehrte in Wien Dr. Wolf Müller, der Garmersburger Richter Max Warburg und der Würzburger Widerstandskämpfer, der bekannte Magist Professor Dr. Schäding. Die Zusammenkunft der Delegation ist nicht nach Parteigrenzen einteilbar erfolgt. In der eigentlichen Delegation werden noch eine Reihe von Kommissaren hinzutreten, deren Ernennung noch nicht erfolgt ist. Die Beratungen dieser werden im Auswärtigen Amt in Berlin unter Leitung des Grafen Brockdorff fortgesetzt werden. Es sollen nach Möglichkeit alle Interessenten freizeiteilweise beauftragt werden. Der Delegation sind vom Kabinett weitgehende Vollmachten erteilt worden. Die endgültige Entscheidung bleibt jedoch beim Reichskabinett. Bei allen Fragen von großer Wichtigkeit wird die Delegation die Entscheidung der Regierung einholen müssen. Die Reise soll zu dem Zweck der Verhandlungen hinzugezogen werden. Die Regierung wird sich zu Besprechungen über diese Angelegenheit mit den Organen der Presse in Verbindung setzen.

selbstverständlich und für absolut notwendig gehalten. Es ist Sache des leitenden Ministers des Reiches, die Verhandlungen zu führen, wenn auf der anderen Seite Männer wie Wilson, Clemenceau und Lloyd George stehen. Ob es freilich überhaupt zu „Verhandlungen“ kommen wird, ist zweifelhaft. Für überaus bedauerlich halten wir es in jedem Falle, daß kein Mittel der Unabhängigen Sozialdemokraten zu der Friedensdelegation gehört. Kautsky, der in den sozialistischen Kreisen der ganzen Welt großes Ansehen genießt, wäre der geeignete Mann gewesen.

## Vor der Eröffnung der preussischen Nationalversammlung.

Mit weniger Aufwand von Feiertagen und Pomp als der Weimarer Nationalversammlung beschieden war, wird die preussische Nationalversammlung ihre Sitzungen aufnehmen. An die Stelle der Blumen und Schleifen ist der Stachelhelm getreten. Die Eingänge sind von Soldaten besetzt, und nur wer über eine gültige Karte verfügt, findet Einlaß, aber nicht ohne Zwischenfragen. Genau werden die Einlasskarten geprüft. Dreimal und mehr. Gleich beim Eintritt ins Haus wird man auf Waffen untersucht. Alles das bestimmt die Feiertage. In einem besonderen Raum ist eine Frau tätig, die die Nachforschungen nach Waffen bei ihren Selbstgeheimnissen vorzunehmen hat. Im 12. Hof ist der Sitzungssaal leer, der ohne allen Schmuck seinen nüchternen Charakter von selber bewahrt hat. Zu den wenigen Abgeordneten, die im Saale Platz genommen haben, gesellen sich auch zwei Frauen, die lange vor Eröffnung der Sitzung ihre Plätze suchen. Auf den Wandbänken das gewohnte Bild, aber mit Ausnahme der Diener nur fremde Gesichter. Erst allmählich wird es lebhafter. Aber der Geist des Hauses, der ehemals so lebhaft auf die politische Tätigkeit der Abgeordneten drückte, scheint nicht gewichen. Es ist wie im alten Reichstag. Raben wie an, daß der Geist nicht. Die Sitzung beginnt nach 2 Uhr.

## Die preussische Landesversammlung.

Don (Redaktion Berlin) Bruno Stümke.

Zu schwerer Arbeit versammeln sich die Männer und Frauen der preussischen Landesversammlung, und in schwerer Zeit sollen sie einen Staat mit neuem Leben und neuem Geist erfüllen, dessen Geschichte wesentlich die Geschichte einer Familie ist. Preußen und das preussische Volk sollen nun auf eigenen Füßen stehen, sollen sich selbst regieren und die Zukunft nach eigenen Wünschen gestalten. Die Stellung Preußens im Reich war gegeben durch seine militärische Macht, durch seine Staatskraft, die härter war als in irgend einem anderen Bundesstaate. Von Preußen kam einst der militärische Rückhalt des Reiches — Preußen soll von nun an seine moralischen Eroberungen im Reich machen. Gewiß keine leichte Arbeit, wenn man an die Widerstände denkt, die sich denen entgegenstellen, die schon in früheren Tagen den Versuch wagten, Preußen im modernen Sinne zu regieren, wenn man an die Volkstumskämpfe denkt, die bei Eintritt der Revolution noch nicht ausgefochten waren.

Wird es möglich sein, Preußen mit neuem Geist zu erfüllen? Die Zusammenkunft der Landesversammlung läßt diese Hoffnung immerhin zu, wenn sich auch die Schwierigkeiten schon häufen, die der Neuordnung entgegenstehen. Die Arbeit im Reich ist für die Abgeordneten leichter. Dort hat man es nicht mit einer jahrhundertalten Tradition zu tun, und politische Wandlungen sind nichts so Erschütterndes für das Volk, das noch nicht 50 Jahre Bestand hatte. Aber in Preußen mit seinen widerstrebenden historischen Problemen das Reich nicht so bequem vorfinden. Es ist den Abgeordneten in Berlin eine politische Aufgabe gestellt, die Neuordnung in Innern und das Verhältnis zum Reich. Schon die erste hat zu Schwierigkeiten geführt. Die Frage, ob auch das Zentrum sich an der Kabinettsbildung beteiligen soll, wird nicht leicht zu lösen sein. Bei seinen 85 Sitzen hat es sicherlich einen Anspruch auf Mitarbeit an der Regierung. Man wird die ihre Anwesenheit aus dem Grunde nicht verweigern dürfen, um nicht eine so starke Partei in die Opposition zu drängen, was nicht ohne Einfluß auf die Politik des Reiches bleiben könnte. Erst aber das Zentrum in die Regierung ein, dann kann sich eine recht fruchtbare Mehrheit bilden, nämlich auf 145 Sozialdemokraten, 65 Demokraten und die 85 Zentrumsabgeordneten. Ohne das Zentrum aber haben Sozialdemokraten und Demokraten nur eine ganz knappe Mehrheit, die leicht durch irgendwelche Ereignisse ganz harmloser Natur gefährdet werden kann. Die Gefahren einer Zentrumsbeteiligung an der Regierung darf man auch nicht unterschätzen. Die Religionsgespräche, die erst vorgestern in Weimar stattgefunden haben, werden sich in verstärktem Maße in Berlin wiederholen, nur mit dem eminent bedeutsamen Hintergrund, daß es sich in Preußen um die kulturelle Frage handelt. Dann noch ein anderes: die innerpolitische Bewegung neigt sehr zum Radikalismus, und die Unabhängigen, wenn sie auch nur 2 Sitze im Preussenhause haben, werden eine Opposition bilden, die nicht unterschätzt werden darf, um die Regierung als arbeitstüchtig, bescheiden hinzustellen, weil sie mit den Schwarzen im Bunde ist. Auf den Hinweis des demokratischen Parteizugs, das eine Mehrheit verlangt, mit der sich mit Aussicht auf einige Dauer arbeiten läßt, wird diese Opposition nichts geben. Heute weniger denn je. Sie nimmt den Zuwachs, wo sie ihn findet, und wird sich nicht genieren, auf das ganze demokratische Prinzip zu stellen, und dem Radikalismus ihre Hingabe zu bringen, wenn der Wind von dieser Richtung kommt und die neuen Anhänger einzunehmen sicher sind. So kann also ein Kabinett mit Einfluß des Zentrums den Radikalismus treffen, den Radikalismus geben und der Regierung an allen Ecken und Enden Hindernisse bereiten.

Das Verhältnis Preußens zum Reich wird nicht einfacher zu regeln sein wie diese innerpreussische Angelegenheit. Der Geist des Radikalismus ist aus dem Reich auch durch die Revolution nicht getrieben. Wie viele von uns hatten wohl auf Beirung von diesem deutschen Grubel gehofft! Leider vergeblich. Man hätte vielleicht von einem Einheitskabinett geträumt und glaubte mit einer Regierung auszukommen. Es gab wirklich solche Schwärmer. Aber äger denn je trieb das geistliche Gespenst der Uneinigkeit umher. Die einzigen Ausnahmefälle in Weimar über die Schaffung eines Reiches sind, wie bereits gesagt, das immer noch jeder seine eigene Suppe kochen will und nicht glücklich zu sein glaubt, wenn er nicht sein Vaterland für sich hat und möglichst viel Interzessionsrechte. Das haben in diesen Dingen allen anderen weit voran sind, soll hier nicht zu ihrem Ruhm gesagt werden. Ob also Preußen unter diesen Umständen keine Veranschaulichung bekommen kann, erscheint zweifelhaft. Aber es kommt ja auch nicht auf die Veranschaulichung an, die nicht um ihrer selbst willen da war und sein wird. Nur steht außer Frage, daß ein Reich wie Deutschland ein politisches Zentrum haben muß, sonst gerät es und sinkt politisch wie wirtschaftlich zu einem ohnmächtigen Staatsland herab, aus dem man im Aufstade nichts zu machen weiß. Ist also die alte Stellung Preußens schon gefährdet und kann man schon heute annehmen, daß

Wir würden es für falsch halten, im gegenwärtigen Augenblick die Zusammenkunft der Friedensdelegation kritisch zu erörtern. Daß Graf Brockdorff-Rausa die Führung übernehmen werde, haben wir von Anfang an für